



Ein WC für Damen, das zweite für alle

Queerpolitik in der Praxis – was die Grünen mit ihrer neuen „Vielfaltspolitik“ bezwecken wollen

Hintergrund – Seite 5

LANDWIRTSCHAFT

Landesregierung will mehr kleine Schlachthöfe, weiß aber noch nicht wo

Als während der Corona-Pandemie auf einen Schlag ganze Schlacht- und Zerlegebetriebe ihre Arbeit einstellen mussten, weil das Virus unter der Belegschaft kursierte, sorgte das in Niedersachsens Ställen für Probleme. Der damals auftretende „Schweinepest“ offenbarte, wie anfällig ein System, das auf große, zentralisierte Schlachteinheiten setzt, im Krisenfall sein kann. Unter anderem deshalb hat es sich die rot-grüne Landesregierung zur Aufgabe gemacht, das Volumen der dezentralen Schlachtkapazitäten hochzufahren – es soll also viel mehr kleine Schlachtereien geben und weniger Abhängigkeit von den riesigen Anlagen der Fleischindustrie. Zudem heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir streben an, dass die Schlachtstätten für alle Tiere aus Niedersachsen innerhalb einer maximalen Transportdauer von vier Stunden zu erreichen sein sollten, und setzen uns für eine bundeseinheitliche Begrenzung von Tiertransporten auf vier Stunden ein.“ Um dies zu erreichen, sollen regionale, dezentrale Schlachthöfe sowie mobile Schlachteinrichtungen gefördert werden.

Diese Zielbekundung veranlasste die CDU-Landtagsfraktion dazu, einmal konkreter nachzufragen, wie sich die Landesregierung den Umbau der Schlachthöfe-Struktur

vorstellt. In der Antwort auf eine „kleine Anfrage“ des Abgeordneten Hartmut Moorkamp blieb das Agrarministerium allerdings noch recht vage. Zum jetzigen Zeitpunkt sei die Anzahl der künftig benötigten Schlachtstätten und deren Kapazitäten noch nicht bestimmbar, heißt es. Es wird jedoch betont, dass eine regional ausgerichtete Wertschöpfungskette und eine dezentrale Schlachtstättenstruktur sowohl im Sinne des Tierwohls sei, als auch dem gesellschaftlichen Wunsch nach regionaler Erzeugung Rechnung tragen würde. Wo genau neue Schlachthöfe errichtet werden müssten, um dieses Ziel zu erreichen, will das Ministerium aber nicht selbst festlegen. Man verweist stattdessen darauf, dass sich regionale Erzeuger und regionale Schlachtbetriebe zusammenschließen müssten. Moorkamp sieht nach diesen Aussagen seine Vermutung bestätigt, dass die Landesregierung noch keinen konkreten Plan hat, wie sie ihr aus seiner Sicht durchaus lobenswertes Ziel erreichen möchte. Die Entwicklung sei derzeit eine andere: Immer weniger Fleischer schlachten noch selbst, weil die Auflagen zu hoch seien, das Fachpersonal fehle und Schlachtbetriebe in der Nachbarschaft gesellschaftlich nicht gewollt seien.



Hartmut Moorkamp

86 Prozent der Schlachthöfe sind bereits Kleinbetriebe

Wie sieht nun die Schlachthöfe-Struktur in Niedersachsen aktuell aus? Derzeit gibt es laut Auskunft des Landesagrarministeriums insgesamt 299 zugelassene Schlachtbetriebe, die mitunter mehrere Tierarten verarbeiten. 210 Betriebe schlachten Rinder, in 218 Betrieben werden Schweine geschlachtet. Nur 19 Schlachthöfe verarbeiten Geflügel, 167 hingegen nehmen sich Schafen und Ziegen an. Farmwild wird von 38 Betrieben geschlachtet, um Einhufer wie Pferde und Esel kümmern sich sechs Betriebe und ein einzelner Schlachter ist auf Kaninchen spezialisiert. Von den 299 Schlachtbetrieben werden 25 zu den Großbetrieben gezählt mit einer Schlachtkapazität von mehr als 50 Tonnen Lebendgewicht pro Tag. Weitere 18 Betriebe zählen zur mittleren Größe, dort werden täglich zwischen einer halben und 50 Tonnen Lebendgewicht Geflügel oder vier bis 50 Tonnen einer anderen Art geschlachtet. Die größte Gruppe bilden auch jetzt schon die Kleinbetriebe, deren Kapazitäten unterhalb der eben genannten Größenordnung liegen. 256 dieser kleineren Schlachthöfe gibt es in Niedersachsen.

„Mobile Schlachtungen tragen zur Stressminimierung bei und mindern so die Belastungen der Tiere.“



Miriam Staudte

Seitdem die Europäische Union im vergangenen Jahr die Möglichkeit mobiler oder teilmobiler Schlachtungen erleichtert hat, setzt auch die niedersächsische Landespolitik auf diesen Weg. Dabei werden die Tiere beispielsweise auf der Weide betäubt und in einem Anhänger mit speziellen Vorrichtungen aufgehängt und entblutet. Dem Tier bleibt damit der vermeintlich unangenehme Transport zum Schlachthof erspart. „Mobile Schlachtungen haben gleich mehrere positive Effekte“, lobt Agrarministerin Miriam Staudte (Grüne). „Da

lange, anstrengende Transporte der Tiere entfallen, tragen sie zur Stressminimierung bei und mindern so die Belastungen der Tiere. Eine Schlachtung vor Ort unterstützt außerdem die regionale Wertschöpfung.“ Allerdings sind die Bedenken bei den Landwirten nach wie vor groß. Der Aufwand und die Kosten für die Verwaltung, die Hygienemaßnahmen und den



Tierarzt seien noch recht hoch, heißt es seitens des niedersächsischen Landvolks. Das Land Niedersachsen fördert derzeit Investitionen, die der regionalen Verarbeitung und Vermarktung dienen. Seit Anfang des Jahres gibt zudem das Bundesagrarministerium Fördergelder für Startups, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen, die sich mit Innovationen beim mobilen Schlachten beschäftigen. Staudte ist zuversichtlich, dass das von Bundesminister Cem Özdemir (Grüne) vorgestellte Bundesprogramm den in Niedersachsen forcierten Prozess flankieren könne.

Grüne wollen Gebührenordnung ändern: Die Grünen setzen sich zusammen mit der SPD dafür ein, dass die Gebührensätze nach der Größe der Schlachthöfe gestaffelt werden – zumindest mit Blick auf Zusatzgebühren, die Kommunen festlegen. Das Ziel sei, so Fraktionschefin Anne Kura, die kleinen Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen gegenüber den großen Schlachthöfen. Ein Weg könne sein, die Gebührenordnung zu ändern – das müsse dann aber auf Bundesebene geschehen.

KOSTENLOSER NEWSLETTER

NIEDERSACHSEN
AM SONNTAG

Newsletter abonnieren

Regierung räumt ein: Fördermittel sind kaum abgeflossen – „die Lage ist nicht so ernst“

Die Landesregierung hatte Ende November vergangenen Jahres in einem eilig aufgestellten Nachtragsetat Sonderhilfen zur Verfügung gestellt. Die Summe betrug rund eine Milliarde Euro für die Jahre 2022 und 2023. Wirtschaftshilfen wurden versprochen, Sondermittel für die Schulen und Kindergärten, für Studenten, Krankenhäuser und für die Verbraucherberatung. Zur Unterstützung lokaler „Härtefallfonds“ wurden 55 Millionen Euro bereitgestellt – also für Menschen, die wegen der hohen Energiepreise ihre Strom- und Heizrechnung nicht bezahlen können. Wie jetzt eine Befragung im Haushaltsausschuss des Landtags ergab, sind die Ergebnisse knapp fünf Monate nach diesem Landtagsbeschluss eher mager: In vielen Bereichen ist das Geld nicht oder erst zu einem kleineren Teil abgerufen worden. Die Gründe dafür sind in jedem Einzelfall unterschiedlich, wie aus der Darstellung der Landesregierung in der Ausschussbefragung hervorgeht.

Im Ausschuss berichtete ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums über das „Landesprogramm für kleine und mittlere Unternehmen“, das mit 200 Millionen Euro ausgestattet wurde – davon 40 Millionen für 2022 und 160 Millionen Euro für dieses Jahr. Dem Wirtschaftsministerium liegen demnach lediglich 30 Anträge mit einem Fördervolumen von zusammen einer Million Euro vor – das sind 0,5 Prozent des Fördervolumens. Darunter ist nur ein einziger Bäckereibetrieb. Wie der zuständige Regierungsdirektor ausführte, registriert das Ministerium „eine deutliche Zurückhaltung“. Dies könne daran liegen, dass es vielen Unternehmen im Kalenderjahr 2022, das im Mittelpunkt der Förderung stand, nicht so schlecht gegangen sei. Das Wirtschaftsministerium wolle nun „die übrigen Mittel nutzen, um im Laufe des Jahres nach einer Bedarfsanalyse in einem zweiten Durchlauf ein weiteres Förderangebot für tatsächlich bedürftige Unternehmen zu unterbreiten“. Der CDU-Abgeordnete Ulf Thiele wandte ein, ein Grund für die Zurückhaltung könne in den Förderbedingungen liegen. Wenn es um den „negativen Cashflow“ als Maßstab für die Förderung gehe, also die Tatsache, dass Geld in der Kasse fehlt, dann könne das der falsche Ansatzpunkt sein. Viele Firmen würden bestrebt sein, trotz einer schwierigen Lage ihre Liquidität zu halten, damit sie nicht gezwungen werden, die Insolvenz zu beantragen.



„Eventuell hat sich die Energiekrise nicht so schlimm entwickelt, wie wir es uns noch Ende vergangenen Jahres vorgestellt haben.“

Für Kindergärten und Schulen hatte das Land 200 Millionen Euro bereitgestellt – vor allem zu dem Zweck, damit eine drohende Verteuerung der Schul-Essen in den

Mensen abzuwenden. Das Geld ist direkt den Kommunen als Schul- und Kindergartenträger weitergeleitet worden. Eine Erfolgskontrolle, ob die Mittel tatsächlich für diese Zwecke ausgegeben wurden, gab es jedoch nicht. „Es wird darauf vertraut, dass das Geld entsprechend eingesetzt wurde“, sagte ein Vertreter des Kultusministeriums. Was die 55 Millionen Euro für die Unterstützung lokaler Härtefallfonds angeht, gibt es immerhin inzwischen Verwaltungsvereinbarungen zwischen Kommune und Energieversorger in den Städten Göttingen, Emden und Osnabrück – sowie in den Kreisen Osnabrück, Lüchow-Dannenberg und Wolfenbüttel. Das Land sei also vorbereitet, sagte eine Vertreterin des Sozialministeriums. Sie fügte jedoch hinzu: „Eventuell hat sich die Energiekrise nicht so schlimm entwickelt, wie wir es uns noch Ende vergangenen Jahres vorgestellt haben.“

Breitbandförderung in Cuxhaven: Als die Bundesregierung im vergangenen Jahr die Förderung des Breitbandausbaus einstellte, führte das zu einem überraschenden Stopp des Ausbaus im Kreis Cuxhaven (samt der 25-prozentigen Mitfinanzierung des Landes). Dies solle nun behoben werden, erklärte das Wirtschaftsministerium. Man warte aber noch auf eine Förderrichtlinie des Bundes, aber danach könnte es notwendig werden, in Cuxhaven ein neues Markterkundungsverfahren zu starten.

„Es war gar nicht selbstverständlich, dass ein Weg gefunden wird, die Kommunen für die Flüchtlingspolitik stärker zu unterstützen.“

Grüne zufrieden mit Haushaltspolitik: Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Landtagsfraktion, Volker Bajus, lobt die Politik von Finanzminister Gerald Heere. „Es war gar nicht selbstverständlich, dass ein Weg gefunden wird, die Kommunen für die Flüchtlingspolitik stärker zu unterstützen. Minister Heere jedoch hat das geschafft, das rechnen wir ihm hoch an.“



Bei einem Pressegespräch stellt die Grünen-Landtagsfraktion ihre Pläne fürs März-Plenum vor.

HINTERGRUND

Warum die Grünen neben dem Damen-WC auch eine „Toilette für alle“ haben wollen

Von Niklas Kleinwächter

Auf den meisten Parteitag gibt es zwei Inszenierungen. Die erste spielt sich ganz öffentlich auf der großen Bühne ab und ist meist recht gut choreografiert. Eine zweite Inszenierung kann man derweil entdecken, wenn man sich jenseits des offiziellen Programms durch die angemieteten Räumlichkeiten bewegt. Was man dort sieht, ist in der Regel nicht weniger choreografiert, denn die Politikprofis wissen sehr genau, dass auch das Beiprogramm mit seinen Details Wirkung entfalten kann. So war es auch am vergangenen Wochenende beim jüngsten Parteitag der niedersächsischen Grünen in Celle. Während auf der großen Bühne gerade Greta Garlichs zur womöglich ersten „queeren“ Landesvorsitzenden in der Geschichte der Landespartei gewählt wurde, konnten die Besucher abseits des offiziellen Geschehens ganz praktische Auswirkungen der grünen Queerpolitik entdecken. Wollte man nämlich am Rande der Veranstaltung einem zutiefst menschlichen Bedürfnis nachgehen, musste man wählen zwischen einer Toilette, die für alle bestimmt ist, und dem Damen-WC. Dass die Parteitagsregie die Schilder fürs Herren-WC mit laminierten gelben Zetteln mit der Aufschrift „WC für alle“ hat überkleben lassen, war den allermeisten Kommentatoren des Parteitags immerhin eine Erwähnung in ihren journalistischen Features wert. Denn plötzlich trafen da zwei Lebenswelten aufeinander, die einander sonst selten so nah kommen.



Greta Garlichs ist in Celle zur ersten queeren Landesvorsitzenden der Grünen in Niedersachsen gewählt worden.

Wie rechtfertigt man Quoten für Frauen, wenn man auf der anderen Seite die Binarität von Mann und Frau ablehnt?

Nun könnte man es dabei bewenden lassen, dass da wieder eine schlüpfrige Toiletten-Diskussion angedeutet wird. Doch es lohnt sich ein intensiverer Blick auf diesen Teil der Parteitags-Inszenierung. Denn was bedeutet es eigentlich, dass Frauen noch eine eigene Toilette haben – und Männer nicht? Und was bedeutet es, dass es die Grünen, die stets quotierte Listen und Vorstände haben, inzwischen eine Rednerinnenliste haben – und eine Liste für alle anderen, die sich zu Wort melden wollen? An diesen scheinbar banalen Beispielen deutet sich ein Konflikt an, der in bestimmten Kreisen

schon seit Jahren ausgefochten wird und sich in den vergangenen Monaten radikal zugespitzt hat. Es ist ausgerechnet ein Konflikt, der die Seele der grünen Partei in besonderer Weise berührt, weil da zwei Welten teils aggressiv aufeinanderprallen, die die Grünen seit jeher zu repräsentieren versucht haben: die Feministinnen und die „queere Community“. Wie rechtfertigt man Quoten für Frauen, wenn man auf der anderen Seite die Binarität von Mann und Frau ablehnt?

In Großbritannien etwa gibt es schon seit längerem rege Diskussionen über den Umgang mit transidenten Menschen, wenn es um die besonderen Schutzräume von Frauen geht. Eine größere Öffentlichkeit beschert diese Debatte die Autorin der „Harry Potter“-Bücher, Joanne K. Rowling, die für sich in Anspruch nimmt, Feministin zu sein, aber Trans-Frauen am liebsten aus Frauenhäusern, von Frauen-Toiletten, aus Frauen-Saunen und vermutlich auch von Frauen-Parkplätzen fernhalten möchte. In Deutschland wird diese Position etwa von der „Emma“-Chefin Alice Schwarzer vertreten, die nicht erst deshalb vom linken Milieu abgelehnt wird. Und auch bei den Grünen selbst blitzt dieser Konflikt gelegentlich auf. So kam es im Sommer 2021 in Baden-Württemberg zu einem kuriosen Fall, der Aufsehen erregte. Bei der Vorstandswahl eines Stadtverbands erklärte ein Familienvater, er sei ab sofort als Frau in der Mitgliederkartei zu führen und kandidiere nun für den Frauen-Platz der Grünen-Doppelspitze. Er wollte damit offenbar zugleich die Frauenquote diskreditieren als auch eine öffentliche Diskussion anstoßen über das Ansinnen der Grünen im Bundestag, wonach jeder künftig allein durch Sprechakt das Geschlecht ändern können soll. Mit dem sogenannten Selbstbestimmungsgesetz möchte die Ampel-Regierung das vom Bundesverfassungsgericht längst angezahlte Transsexuellengesetz reformieren und radikal modernisieren. Die Frage, wer eigentlich eine Frau ist, spielt dabei eine entscheidende Rolle.

„Queer“ kann als die gefälligere Vokabel betrachtet werden, mit der man das schreckliche Akronym LSBTI vermeiden kann.

Für weite Teile der Bevölkerung dürfte dieser Konflikt zwischen Feministinnen und Queer- oder Trans-Aktivistinnen auch deshalb lange Zeit unbemerkt geblieben sein, weil sie die Punkte, über die gestritten wird, banal finden mögen; aber auch deshalb, weil sie die Vokabeln, mit denen da hantiert wird, schon lange nicht mehr verstehen. Nimmt man allein den Begriff „queer“ stellt sich für die meisten Menschen wohl die berechtigte Frage, was damit eigentlich genau gemeint ist. Die Antwort ist derweil nicht ganz einfach, gibt es doch mindestens zwei Interpretationen der aus dem Englischen entlehnten Vokabel, die wörtlich übersetzt „seltsam“ heißt. Die inzwischen am weitesten verbreitete Verwendung dieses Wortes ist die eines Sammelbegriffs für alle Menschen, die sich nicht als klassisch männlich oder weiblich und dabei heterosexuell definieren. An dieser Stelle muss betont werden, dass es hier um zwei unterschiedliche Dimensionen geht, nämlich die geschlechtliche Identität („was ich bin“) und die sexuelle Orientierung („was mich anzieht“). Hinter „queer“ können sich dann also sowohl Lesben und Schwule sowie Bisexuelle (sexuelle Orientierung) als auch transidente oder intergeschlechtliche Menschen (sexuelle Identität) zusammenschließen. So gesehen kann „queer“ als die gefälligere Vokabel betrachtet werden, mit der man das schreckliche Akronym LSBTI vermeiden kann, das inzwischen wahlweise noch um zahlreiche andere Buchstaben ergänzt wird.

Die zweite, seltener gewordene aber dennoch vorhandene Verwendung des Wortes „queer“ ist allerdings eine politische, die vornehmlich von linken Aktivisten genutzt wird, wenn diese aus der sexuellen oder geschlechtlichen Identität auch eine politische Orientierung ableiten, die in der Tendenz gegen den Staat und dessen starre Strukturen gerichtet ist. Nicht nur deshalb gibt es auch homosexuelle Menschen, die den Begriff „queer“ als Selbstbeschreibung ablehnen. Die Lebenswirklichkeit eines schwulen Mannes hat inzwischen wenig zu tun mit den Herausforderungen einer Trans-Person. In Folge dieses veränderten Selbstverständnisses wurde vor einigen Jahren beispielsweise das einstige „Schwule Forum Niedersachsen“ umbenannt in das „Queere Netzwerk Niedersachsen“. Der Verein, der als Erstempfänger für die Verteilung der entsprechenden Landesfördermittel verantwortlich ist, setzt sich inzwischen zusammen aus vier Säulen je für Schwule, Lesben, Trans- und Intergeschlechtliche. Mit der begrifflichen Veränderung verbindet sich auch eine politische und inhaltliche Verschiebung.

„Es ist wichtig, einen Oberbegriff zu haben, den auch die vielen Menschen verstehen, zu deren Lebensrealität das Thema nicht gehört.“

Für die neue Grünen-Chefin Greta Garlichs ist „queer“ derweil der Sammelbegriff, der alle Personen meint, die sich nicht der heterosexuellen Geschlechternorm zuordnen. „Es ist wichtig, einen Oberbegriff zu haben, den auch die vielen Menschen verstehen, zu deren Lebensrealität das Thema nicht gehört.“ Zu der Toiletten-Frage sagt sie, dass es in der Gesellschaft und bei den Grünen viele Menschen gebe, „die sich nicht im binären Spektrum verorten. Ihnen bieten wir damit einen Ort, an dem sie sich wohl- und sicher fühlen können.“ Die Toiletten-Frage will man in der Landesgeschäftsstelle der Grünen aber nicht zu hoch aufhängen. Man hätte die Toiletten schließlich auch einfach nach Funktion betiteln können, also ob es hinter der Tür ein Pissoir gibt oder Klo-Kabinen, erläutert Grünen-Pressesprecherin Heike Köhn. Das Männer-WC biete einfach eine „Bandbreite an Nutzungsmöglichkeiten“ und sei deshalb als das Universal-WC ausgewählt worden.

Spricht man mit Greta Garlichs über die Toiletten-Posse, wird überdeutlich, dass es ihr doch um viel mehr geht, als dass bei der Landesdelegiertenkonferenz jedes Mitglied das passende WC findet. Die neue Landesvorsitzende ist zugleich „vielfaltspolitische Sprecherin“ ihrer Partei; die Position ist neu und drückt den Geist aus, der hinter dem „WC für alle“ steckt. Denn was die Grünen eigentlich wollen, ist eine Partei für alle zu sein – und eine Gesellschaft für alle zu schaffen. Das macht Garlichs auch deutlich beim Thema Selbstbestimmungsgesetz: „Trans-Menschen sind doppelt und dreifach diskriminiert. Die Diskussion über das Selbstbestimmungsgesetz sollte nicht auf deren Rücken ausgetragen werden. Unser Auftrag ist ganz klar: Wir schützen alle Menschen.“ Ihr Auftrag als „vielfaltspolitische Sprecherin“ ist es außerdem, nicht nur die „queeren“ Menschen zu repräsentieren – sondern alle potentiell marginalisierten Gruppen, wie etwa Menschen mit Behinderung, mit Migrationshintergrund oder von Armut betroffene. Dabei könne es nicht darum gehen, alle Vielfaltsdimensionen durch eigenes Erleben zu vertreten, sagt Garlichs. Ihre Aufgabe sei es vielmehr, die Betroffenen an den Tisch zu holen, ihnen Raum zu geben und dafür zu sorgen, dass sie sichtbar werden und sich leichter beteiligen können. Sie sieht sich als Anwältin für alle Menschen in ihrer Partei.

Personen und Positionen

Bernhard Zentgraf, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Niedersachsen, wirft Regional-Ministerin Wiebke Osigus vor, mit dem neuen Förderinstrument der „Projektmanufaktur“ für hilfsbedürftige Kommunen ein „absurdes Zeichen“ zu setzen. Ausgerechnet das von Osigus geführte Ministerium, „das ein Förderprogramm nach dem anderen auflegt und über die Jahre ein undurchschaubares Förderdickicht erzeugt hat, setzt weiteres Steuergeld ein, damit die Adressaten in den Kommunen überhaupt noch durchblicken können“. Der einzige sinnvolle Weg, fügt Zentgraf hinzu, sei es, „das Dickicht radikal zu lichten und den Gemeinden mehr zweckungebundene Zuweisungen zu geben“.



Detlev Schulz-Hendel, Grünen-Fraktionschef, fordert eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Paketbotenschutzgesetzes. Diese auf Bundesebene 2019 schon neu definierte Vorschrift erfülle ihren Zweck, die Paketboten vor Ausbeutung zu schützen, nicht gut genug. Daher müsse etwa vorgeschrieben werden, dass Zustellunternehmen kein Fremdpersonal beschäftigen dürfen, das zu prekären Arbeits- und Lohnbedingungen eingesetzt wird.



Stephanie Engelmann ist neues Vorstandsmitglied der Kaufmännischen Krankenkasse mit Sitz in Hannover. Die Wirtschaftsjuristin ist seit 30 Jahren in der Versicherungsbranche tätig und leitet seit 2020 bei der KKH den Bereich Stationäre Versorgung, Rehabilitation, Prävention und Zahnversorgung. Ab 1. Juni 2023 wird sie bei der gesetzlichen Krankenkasse die Geschäftsbereiche Leistungen und Beitrag sowie Kundenbindung und Kundengewinnung verantworten. Neben Engelmann besteht der KKH-Vorstand nur noch aus dem Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Matz.



Jörn Schepelmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, fordert die rot-grüne Landesregierung dazu auf, bei der Bahnstreckenreaktivierung ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten. „Die Kommunen werden wir bei der Erstellung von Machbarkeitsstudien zur Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken finanziell unterstützen“, heißt es dort. In einem entsprechenden Entschließungsantrag, der heute im Plenum beschlossen werden soll, fehlt jedoch ein ausdrückliches Bekenntnis zur finanziellen Unterstützung. Die CDU möchte den Antrag der Regierungsparteien auch in einigen anderen Punkten nachschärfen. „Uns geht es im Wesentlichen um ein Bemühen, auf Bundesebene die nötigen Regionalisierungsmittel zu erhöhen, da nicht zuletzt durch das kommende Deutschlandticket mehr Geld zur Attraktivierung des ÖPNV nötig sein wird“, sagt Schepelmann. Darüber hinaus solle der Landtag klarmachen, dass die kommunalen Konzepte zur Reaktivierung von Bahnstrecken bei der Landesnahverkehrsgesellschaft ernst und in das Landesgutachten



aufgenommen werden. „Unter der Mithilfe der Kommunen vor Ort wird es uns leichter möglich sein, einzelne Strecken beim Nutzen-Kosten-Faktor über 1 zu bringen, da sie sich viel zielgenauer mit den einzelnen Strecken beschäftigen. Somit könnten wir vermehrt in den Genuss von Bundesförderungen kommen“, sagt Schepelmann. Die CDU spricht sich außerdem für eine stärkere Einbindung der Schieneninfrastrukturgesellschaft Sinon und der EVB Elbe-Weser (beide im Landesbesitz) aus. Dass der Warentransport auf der Schiene bei der Reaktivierung keine nennenswerte Rolle spielen soll, sehen die Christdemokraten ebenfalls kritisch. „Der Güterverkehr darf nicht nur ein Nebeneffekt sein, sondern muss perspektivisch eigene Förder- und Ausbaumöglichkeiten erhalten.“

Peter Heine, ehemaliger Präsident des Landessozialgerichts (LSG) Niedersachsen-Bremen, ist bei einem Festakt im Celler Schloss offiziell verabschiedet worden. Der gebürtige Hannoveraner und Wahl-Braunschweiger hatte die Justizbehörde mit Sitz in Celle seit 2010 geleitet und war zum Jahreswechsel 2021/2022 in den Ruhestand eingetreten. Die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann und die Bremer Justizsenatorin Claudia Schilling (beide SPD) würdigten Heine für seine „hervorragende Leistung“ und begrüßten offiziell seine Nachfolgerin Katrin Rieke im Amt. Sie ist bereits seit Oktober als LSG-Präsidentin tätig. Mit ihrem Wechsel nach Celle kehrt die ehemalige Abteilungsleiterin aus dem niedersächsischen Justizministerium an eine alte Wirkungsstätte zurück: In der Residenzstadt war sie sieben Jahre lang als Richterin am Oberlandesgericht tätig und leitete zwischenzeitlich den 7. Zivilsenat.



Justizsenatorin Claudia Schilling (links) und Justizministerin Kathrin Wahlmann (rechts) begrüßen die neue LSG-Präsidentin Katrin Rieke und verabschieden ihren Vorgänger Peter Heine.

Bildnachweise

Titelbild: Klaus Wallbaum; S. 2: CDU, Sven Brauers; S. 3: Gettyimages/industryview; S. 4: CDU; S. 5: Wallbaum; S. 6: Christian Wilhelm Link; S. 9: BdSt, Sven Brauers, KKH, CDU; S. 10: Christian Wyrwa

Impressum

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

HERAUSGEBER

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Chefredakteur V.i.S.d.P.
Dr. Klaus Wallbaum

Chefredakteur Wirtschaft
Christian Wilhelm Link

Chef vom Dienst
Niklas Kleinwächter

Redakteurin Neue Medien
Audrey-Lynn Struck

Redaktionsassistentin
Sina Gartz

Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871, Erscheinungsweise
reg. 5 x wöchentlich